

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 10/18

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Deutschland mit Auflösungserscheinungen? MH Vorreiterstadt?

Tag der deutschen Einheit: Einheit eines zerissenen Landes?

Am 3. Okt. war Feiertag der deutschen Einheit, 29 Jahre nach dem Mauerfall. Wer dem feierlichen Einheitsgerede im Bundestag zuhörte, konnte einiges hören u.a. zu den Befürchtungen wegen der angeblich großen Rassistens-Gefahr in den NeuFünfländern. Doch konnte man daran zweifeln, dass die deutsche Politelite im gleichen Land lebt wie viele ihrer Wähler, egal ob Wessi oder Ossi. Den 28. Tag der Deutschen Einheit feierte die Hauptstadt Berlin an Original-Schauplätzen eines historisch sicherlich einmaligen Prozesses. Drei Tage lang sollten Vielfalt und Demokratie, Gemeinschaft und Engagement in den Mittelpunkt rücken. Motto: "Ein Fest, Eine Einheit: NUR MIT EUCH!" Na denn! Hohler die Worte nie klingen? Mal abgesehen von der lange überfälligen Korrektur bzw. Abschaffung der Extra-Steuer "Soli Ost" muss man feststellen: Alle Fehler und Folgeprobleme des Prozesses der deutschen Wiedervereinigung sind in den letzten Jahren mit der unregelmäßigen Zuwanderung in den Hintergrund getreten und das Land bewegt sich auf eine immer größer werdende Identitätskrise hin. Deutschland ist kaum noch gespalten in Ost und West, sondern in immer mehr Parallelgesellschaften. Doch die Eliten sind ratlos und unter sich heillos zerstritten.



NRW-Kabinett kippt Sperrklausel bei Kommunalwahlen

SPD und Grüne hatten 2016 eine Sperrklausel von 2,5% eingeführt, angeblich um die Zersplitterung von Stadträten zu verhindern. CDU und FDP schaffen sie jetzt wieder ab. mit der erneuten Reform des Kommunalwahlgesetzes. Zentraler Punkt ist die Abschaffung dieser 2,5-Prozent-Hürde für die Kommunalwahlen. **Damit setzt die Landesregierung eine Entscheidungen des NRW-Verfassungsgerichtshofs von November 2017 um.**

Klage zum VHS-Bürgerbegehren wird eingereicht! Spendenaufruf

Die offizielle Benachrichtigung zur Ratsentscheidung vom 30. Aug, das Bürgerbegehren für unzulässig zu erklären, ist den 3 Initiatoren Ende Sept. zugegangen. Der Anwalt aus Düsseldorf ist bereits beauftragt worden, eine Klage gegen diesen Ratsbeschluss beim Verwaltungsgericht Düsseldorf einzureichen. Da selbst die Zulässigkeit des von großen Teilen der Mülheimer Bevölkerung unterstützten Bürgerbegehrens erst noch vor Gericht erstritten werden muss. braucht die BI Geld dafür und für den danach folgenden Bürgerentscheid an der Wahlurne. Deshalb rufen die MBI zu weiteren Spenden für den Kampf um unsere VHS auf, und zwar auf das Sonderkonto bei der **Spardabank IBAN DE 82 3606 0591 0010 9334 16**
Bis Ende Sept. haben bereits fast 40 Mitbürger/innen schon über 3000 € eingezahlt.



Das Prozessrisiko könnte ca. 5000 € betragen, wenn die Stadt dafür einen externen Rechtsanwalt engagiert. Falls wir hoffentlich gewinnen, wird die Stadt das meiste bezahlen müssen. Dann kann das gespendete Geld für den "Wahlkampf" vor dem Bürgerentscheid eingesetzt werden.

Auf den folgenden Seiten:

- MH-Ratsparteien fordern Nachhilfe beim Etat: Sparkommissar unumgänglich? Grüne vs.MBI-Kritik...S. 2
- Das Wennmannbad in Heißen, eine typisch Mölmsche Dauerkatastrophe? S. 3
- Ruhrbania, das verglühte ruinöse Leuchtturmprojekt: Fehlplanungen in den Ruhrbania-Betonburgen? ..S. 4

Einlegeblatt: Die Mülheimer SPD-Selbstmordaffäre, getarnt als OB-"Affäre"

MH-Ratsparteien fordern Nachhilfe beim Etat: Sparkommissar unumgänglich? Grüne geißeln MBI-Kritik

WAZ Mülheim, 21.9.18: *"Etat: Landesvertreter soll Stadtrat aufklären*

Ein Vertreter der Bezirksregierung, so der Wunsch von Grünen, SPD und FDP, soll den Mülheimer Stadtverordneten in der Ratssitzung am 11. Oktober Antwort auf Fragen zur aktuellen Haushalts-situation geben. Die Fraktionen beauftragen in einem gemeinsamen Vorschlag die Verwaltung, eine entsprechende Einladung auszusprechen. "Momentan", erklärt Grüne-Fraktionssprecher Giesbert, "ist in der Etat-Debatte eine Reihe ungeklärter Fragen anhängig". "Wir wollen wissen", so SPD-Fraktionschef Dieter Spliethoff, "was uns Düsseldorf in dieser Lage konkret rät".

Frage: Wenn die 3 Fraktionen derart unwissend und ratlos sind oder tun:

Wozu haben wir eigentlich einen hochbezahlten Kämmerer Mendack, der zugegebenermaßen nicht gerade als Experte für den hochgehieften Bonan auch noch ohne ernsthaftes Auswahlverfahren in dieses zentrale Amt gewählt wurde? Mendack hat zwar diverse Maßnahmen auch über die Presse in die Öffentlichkeit gebracht, doch die Realisierbarkeit bleibt nebulös

Auch Grüne/SPD/FDP wissen nicht erst seit der Etateinbringung am 30. August sehr genau, wie es um den Etat steht, nämlich noch schlechter als im Jahr davor mit dem von der Kenia-Koalition (SPCUGrüne) beschlossenen und bis heute ungenehmigten Katastrophen-Haushalt 2018, der wiederum den völlig perspektivlosen Makulatur-Etat für 2017 von SPD/Grüne/Tuncer sogar noch toppte bzw. unterbot.

Die Aufsichtsbehörde des RP hätte bereits den völlig unseriösen Etat 2017 nicht genehmigen dürfen - und das auch noch zum Jahresende 2017 im Dezember. Es ist zwar nachvollziehbar, dass die "Aufseher" sich die Arbeit ersparen wollten, einen Sparkommissar in die finanziell vor die Wand gefahrene Stadt Mülheim schicken zu müssen. Bisher war das nur in Kleinstädten mal nötig, wo der Aufwand im Vergleich zu einer Großstadt überschaubar ist.

Die MBI haben bei der Verabschiedung des absehbar zukunftslosen, unseriösen Etats 2017 vergeblich gefordert, den Sparkommissar einzuschalten. Dasselbe haben wir nach dem monatelangen Dauerchaos bis zur verspäteten Verabschiedung des Etat 2018 gefordert, wieder vergeblich. Die weitere Entwicklung sogar bis zur Gefährdung der 31 Mio. aus dem Stärkungspakt überrascht kaum, wenn die Ausgaben gemäß eines unschlüssigen Haushalts bereits fast alle getätigt werden oder wurden, bevor das unseriöse Machwerk überhaupt und mit nötigen Auflagen genehmigt wird, wenn überhaupt.



"Natürlich" hätte der Kämmerer den RP spätestens Mitte des Jahres auf die Dramatik inständig aufmerksam machen müssen und ob der eigenen Ideen- und Ratlosigkeit zum Eingreifen auffordern müssen. Genau danach hatten die MBI im Rat am 5. Juli gefragt, doch sie erhielten vom Kämmerer nur Larifari-Antworten.

Nun also soll die Bezirksregierung (RP) dem Stadtrat Nachhilfe erteilen zum Verständnis des Etatentwurfs des eigenen Kämmerers. "Natürlich" wissen die 3 o.g. Fraktionen sehr genau, wie ernst die Lage ist, nur scheinen sie völlig ratlos und von der Kämmererei irgendwie im Stich gelassen.

Die Finanzaufsicht des RP wird sich, ob nun im Rat am 11. Oktober anwesend oder nicht, entscheiden müssen, ob sie ein weiteres Mal alle Augen bzgl. der Mülheimer Katastrophenhaushalte zudrückt oder ob sie aktiv eingreift mit einem wie auch immer titulierten Sparkommissar.

Nicht zu vergessen: Das Land bürgt für seine Kommunen. Sicherlich werden andere Städte wenig Verständnis dafür aufbringen, wenn Mülheim Extrawürste bekommt, während sie sich Mühe gaben oder geben, um ausgeglichene Haushalte hinzubekommen.

Die Mülheimer Grünen und der Populismus

Die Mülheimer Grünen konterten in einer PE *"Grüne versus MBI"* u.a. so: *"Die Grünen weisen die spöttelnde Kritik der MBI zurück. In Ermanglung konstruktiven Denkens und der Unlust, sich ernsthaft mit dem Haushalt zu beschäftigen, ist Spott das einzige, das wir seit Jahren von der MBI hören", erklärt Ratsfrau Krumwiede-Steiner. ... Die MBI lege sich hingegen auf die faule Haut. ... Das ist weder Rechts- noch Linkspopulismus, sondern Populismus um seiner selbst willen."* Na denn!

Das Wennmannbad in Heißen, eine typisch Mülmsche Dauerkatastrophe?

Am 15. Aug. 18 beschwerte sich ein Mülheimer Bürger wie folgt bei den MBI:

"Das Friedrich Wennmann Bad ist bereits wieder wegen eines Defekts geschlossen. Das Bad hat gefühlt häufiger geschlossen als geöffnet. Personalmangel oder Defekte. Hier wird doch am falschen Ende gespart. Das Südbad hat ebenfalls geschlossen. Als Alternative wird das Naturbad angegeben, bei der schlechten Witterung heute. Und das am anderen Ende der Stadt. Soll ich mit meinen Kindern per Rad dorthin fahren?"

Ständig wird bei der Reparatur des Bades improvisiert, nie richtig und dauerhaft gearbeitet. Das hat mit Weitsichtigkeit überhaupt nichts zu tun. Wer trägt denn die Verantwortung dafür? Vielleicht können Sie das Thema auf die politische Tagesordnung bringen."



Hier die Antwort eines MBI-Experten:

Sie haben völlig Recht mit Ihrer Einschätzung! Ja, auch beim Wennmann Bad wird am falschen Ende gespart, bzw. eigentlich wird überhaupt nicht gespart!

Nach meiner persönlichen Beobachtung als regelmäßiger Badegast im Friedrich-Wennmann-Bad (FWB) werden Reparaturen überhaupt nicht ausgeführt. So konnte ich beobachten, daß z. B. in der Herrentoilette ein undichtes Rohrknief vom Wasserspülkasten zur Tiefspültoilette ungefähr 9 Monate bei jedem Spülvorgang das Frischwasser auf dem gefliesten Boden verteilte. Materialwert der defekten Gummidichtung ca. 3,50 Euro. Ebenso fließt das Wasser in der Herrendusche an mehreren Zusatzwarmwasserbereitern an den Wandfliesen herunter, an einigen Duschplätzen sind die Wasserhähne überdreht, so daß der Wasserhahn durchgedreht werden kann. Es interessiert niemanden.

Auf Nachfrage beim Badpersonal wird das angeblich dem zuständigen Mülheimer Immobilienservice gemeldet. Überprüfbar ist das für uns zunächst nicht. Sichtbar ist, dass keine Umsetzung erfolgt. Vielleicht hat das Badpersonal auch inzwischen aufgegeben.

Wir haben dies mehrfach beanstandet, erst eine Anprache beim damaligen zuständigen Stadtkämmerer Bonan sorgte für kurzzeitige instandhalterische Maßnahmen.

Das von Ihnen angesprochene grundsätzliche Problem der Nichtinstandhaltung bzw. -setzung städtischer Gebäude, zu denen das FWB ja gehört, ist beim Mülheimer Immobilienservice (IS) verortet, hier insbesondere bei seinem Leiter Frank Peter Buchwald.

Wir hatten in der Vergangenheit über diverse Akteneinsichten zu Mülheimer Bauvorhaben Einblicke in die Arbeitsweise des Mülheimer IS. Unser Eindruck ist, daß insbesondere hier ein Leitungsproblem existiert. Die hier an den Tag gelegte Praxis ist, dass der IS jahrzehntelang NICHTS für die Instandhaltung von vorliegenden Gebäude- und Installationsschäden ausgibt. Hierzu zählen ausnahmslos sämtliche Immobilien in städtischer Eigentümerschaft. Die Vorgehensweise ist in der Regel, daß zunächst kleine Mängel und Schäden durch die Unterlassung von instandhalterischen Maßnahmen sich zu umfangreichen Schäden auswachsen. Hier wird dann meist nach dem Eintritt der Schäden mit gutachterlicher Unterstützung sekundiert. Das Ergebnis wird dann in der Regel über die örtliche Presse dem Bürger als Totalschaden präsentiert, daß dann in der Forderung eines Totalabriss eines z. B. ca. 40 Jahre alten Gebäudes mündet.

Zu beobachten ist in der Mülheimer Politik dass solche gutachterlichen Ergebnisse von den Parteivertretern egal welcher Couleur nie hinterfragt werden, sondern als gegeben angesehen werden.

Ebenso ist zu berücksichtigen, dass die Mülheimer Politik bereits vor vielen Jahren die Position der Hausmeister, die anfallende Kleinreparaturen ausgeführt haben, aus "Kostengründen" abgeschafft hat. Für Reparaturen müssen jetzt externe Firmen beauftragt werden.



Zum FWB wurde 2016 als Lösung der Beschluss eines Neubaus auf dem gleichen Grundstück in Heißen gefasst, da mit gutachterlicher Unterstützung die Sanierung so hochgerechnet wurde, dass sich nur ein Neubau für das Bad rechnen würde. Kein privater Eigentümer würde sein 40 Jahre altes Haus abreißen, wenn z.B. ein neues Dach oder eine neue Heizungsanlage benötigt wird!

Ruhrbania, das verglühte ruinöse Leuchtturmprojekt: Fehlplanungen in den Ruhrbania-Betonburgen?

NRZ Mülheim vom 21.9.18: *"Mezzomar verlässt die Ruhrpromenade Ende September"*

"Lärmbeschwerden der Nachbarn nennen die Gastronomen als Grund der Schließung. Sie wollen im Frühjahr neu eröffnen - vielleicht im Schloßquartier...."

Und wohin geht das Mezzomar, das ja mit dem Supersommer 2018 eine Top-Saison hinter sich hat, dort an der Asphaltwüste neben dem "Luxus"-Planschbecken für über 6 Mio. €, genannt Stadthafen (hahaha)? Womöglich in das noch unfertige "Stadtquartier" auf dem ex-Kaufhofgelände? Aus den geplanten Seniorenwohnungen dort gibt es vielleicht weniger Beschwerden wie aus sauteuren Luxuswohnungen in Ruhrbania-Fehlplanung Baufeld Nr.1 von Kondor-Wessels?



Doch der Kannibalismus in der Gastronomie ist nur eines der diversen Folgeprobleme eines angeblich "strategischen" Leuchtturmprojekts, das irgendwie einfach nicht richtig leuchten will, mal ganz abgesehen von dem finanziellen Desaster der gigantischen städtischen Vorleistungen und dem für Ruhrbania mit sehr viel Geld endgültig vermurksten Verkehrskonzept der Stadt Mülheim.

Mülheim und das Ruhrbania-Fiasko: Ende gut, alles gut? Von wegen oder ganz im Gegenteil!

Las oder hörte man lokale Mülheimer Medien über viele Jahre, so konnte man glauben, alles bewege sich



in der Ruhrbaniastadt bestens in die richtige Richtung. Ruhrbania wirke sich endlich positiv für die Stadt aus, nachdem z.B. mit dem Tretbootverleih auch der verwaiste millionenteure "Stadthafen" belebt werde. Wenn dann auch noch das Kaufhofareal bebaut und die Ampelschaltung verbessert würde, dann wäre Mülheim nach den vielen Rückschlägen wieder im Lot oder wie der WAZ-Kommentar vom 20.6.15 es u.a. sagte **"Ende gut, alles gut". Wirklich alles gut?**

Von wegen! Selbst wenn nach Jahren von Pleiten, Pech und Unvermögen endlich alles wie geplant klappen würde (also das exakte Gegenteil der Realität), sind nämlich die aufgetürmten Riesenproblemberge der Ära Mühlenfeld kaum abgetragen. Der nicht zuletzt durch Ruhrbania und die extreme RWE-Abhängigkeit angerichtete Schaden ist gewaltig. Bilanzielle Überschuldung, vermurkste Verkehrsführung, Innenstadthyperkrise,

versteinertes Kirchturmdenken mit großen Folgeproblemen besonders beim ÖPNV-Debakel und dem leidigen Flughafenstreit, das unkoordinierte Baustellenchaos u.v.m. können mit der bisherigen Politik nicht gelöst werden. Doch die Mölmsche Demokratie hat sich selbst ebenfalls in eine riesige Krise hineinmanövriert. Die Ruhrpromenade bezeichnete die Alt-OB als "neues Stück Mülheim, an dem die Menschen endlich erleben und genießen können, was unsere Stadt ausmacht, nämlich den Fluss in ihrer Mitte" (Zitat aus WAZ). Nein, das mit dem Fluss in der Mitte, das wussten die Menschen jahrhundertlang nicht, gell. Die ex-OB malte rosarote Erfolgsbilanzen und die lokalen Medien transportierten fast alles, außer wenn es von den MBI kam. Dabei verdunkelten a.d. Ruhrbanania bzw. -mania düstere bis tiefschwarze Wolken den Wohlstandshimmel nicht zuletzt wegen Ruhrbania!

Wer verstehen will, warum die reiche Stadt Mülheim a.d. Ruhr mit stets niedriger Arbeitslosigkeit, robuster Wirtschaft und mit überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuererinnahmen derart pleite ist, dass auch die Pro-Kopf-Verschuldung höher ist als z.B. in Duisburg und viel höher als selbst in Gelsenkirchen, der schau sich u.a. die gesamten gigantischen finanziellen Vorleistungen für das Prestigeprojekt Ruhrbania an.

Zwischen Schloss- und Nordbrücke sollte die bestehende Infrastruktur, sofern nicht denkmalgeschützt wie Stadtbad und Rathausaltbau, beseitigt und durch Wohnbebauung mit Kneipen u.v.m. ersetzt werden. Im Weg waren damit der Stadtbadanbau (damals ein Ärztehaus), das Gartendenkmal Ostruhranlagen, der Rathausneubau, die Bücherei, das Gesundheitshaus, die AOK, das alte Arbeitsamt und die Hauptverkehrsstr. Ruhrstraße. **Wie man sieht, eine Mammutaufgabe für nur ca. 200 m Mini-Flaniermeile, großspurig „Ruhrpromenade“ genannt, auf dem Leinpfad, der davor als Fußgängerweg diente.**

Die SPD-Selbstmordaffäre, getarnt als OB-"Affäre"

L. Reinhard, MBI-Fraktionssprecher

Eigentlich wollte ich zu der beschämenden Mülheimer OB-"Affäre" nichts mehr sagen.

Die Staatsanwaltschaft Duisburg hat nach dreieinhalb Monaten Prüfung einen Anfangsverdacht wegen



evtl. Veruntreuung öffentlicher Gelder durch OB Scholten festgestellt, also das, was das SPD-Quartett Mendack (Kämmerer), Ernst (Sozialdezernent), Spliethoff (Fraktionschef) und Schindler (Ratsherr und Fraktionsgeschäftsführer) Ende Mai bereits medienträchtig verkündeten, just zu dem Zeitpunkt, als Scholten nach dem Tod seiner Frau angeschlagen war. **Von Respekt vor der grundgesetzlich verbrieften Unschuldsvermutung oder den Grundregeln von Anstand keine Spur.**

Da StA und RP damals gleichzeitig eingeschaltet wurden, hätte die "Causa Scholten" doch eigentlich nach den Regeln des Rechtsstaats (oder sonst üblichem Verhalten) erst einmal wegen "laufendem Verfahren" zurückgestellt werden müssen, bis die Kontrollbehörden zu Ergebnissen gelangt sind. Doch Mülheim erlebte das Gegenteil, denn von allen nur erdenklichen Seiten wurde versucht, OB Scholten, der auch SPD-Unterbezirksvorsitzender ist, immer weiter und fast ununterbrochen in die Enge zu treiben. Was sich seit über 4 Monaten in Mülheim abspielt, erinnert fatal an bössartige Scheidungsverfahren. Bis heute ist z.B. unklar, auf was das unwürdige Theater eigentlich hinauslaufen soll, außer "dem OB den Garaus zu machen", wie aus der SPD-Fraktion im Juni in der WAZ zitiert wurde. Geeignete Kandidat/innen für den Schleudersitz als OB in der abgewirtschafteten Stadt Mülheim sind weder in Sicht, noch haben sich welche versucht, dafür zu profilieren.

Sofort nach der Nachricht von der StA Mitte Sept. forderten WAZ und BAMH erneut vehement den OB zum Rücktritt auf. CDU, FDP und Grüne verlangen, er solle das Amt ruhen lassen, was eigentlich reiner Kokolores ist. Die SPD eiert erneut um sich selbst herum und Scholten denkt nicht an Rücktritt trotz aller Kampagnen gegen seine Person. **Warum sollte er das auch tun, denn gewählt wurde er direkt von der Bevölkerung und nur die kann ihn abwählen.** Der Rat könnte zwar mit Zweidrittel-Mehrheit ein Abwahlverfahren beschließen, was einen Bürgerentscheid erzwingen würde, solange der OB nicht von selbst das Handtuch wirft. Eine abstoßende Schmierkomödie, die in Mülheim seit Ende Mai live und ununterbrochen aufgeführt wird.

Vorreiterstadt Mülheim bei der Demokratiezerstörung?

- 1.) Seit Ende Mai ist nichts substantiell Neues zu den Vorwürfen gegen Scholten hinzugekommen. Sein Vergehen bzw. die beanstandete Veruntreuung öffentlicher Gelder bezog sich auf zuerst 8500 € nicht ordnungsgemäß und nachvollziehbar verbuchter Spesenausgaben aus dem Topf seiner Verfügungsmittel aus zweieinhalb Jahren. Inzwischen geht es "nur noch" um ca. 2500 €, bei denen ungeklärt ist, was Anlass und teilnehmende Personen im einzelnen waren. Da der OB diese länger zurückliegen den Ausgaben und Termine nicht mehr aufklären und belegen konnte, hat er zugesagt das Geld zurückzuzahlen bzw. zu spenden. Für die Zukunft hat er einen Kriterienkatalog zur Selbstbeschränkung vorgelegt.
- 2.) **Was die Geschichte so aufgebauscht und an den Haaren herbeigezogen aussehen läßt, sind zwei Dinge bzw. Sachverhalte:**

b.w.



- Zum einen gab es bisher keine Vorgaben, für was und wie ein/e OB seine/ihre Verfügungsmittel nutzen solle und könne.
- Zum zweiten hatte das Rechnungsprüfungsamt bereits 1 Jahr zuvor bemängelt, dass die Spesenquittungen keine Nachweise über Anlässe und Teilnehmer aufwiesen. Das hat damals keine/n interessiert, auch den Kämmerer nicht. Der preschte im Mai nach Monaten des Nichtstuns mit dem Vorwurf der Veruntreuungsvorwurf nach vorne, ohne Rechnungsprüfungsamt oder -ausschuss einzubeziehen. Er hätte auch mit dem OB ohne größere Probleme alles regeln können und müssen.

Was mich persönlich in der ganzen Angelegenheit bedrückt und mir Kopfzerbrechen bereitet, sind folgende Sachverhalte:

- 3.) Die SPD versucht bundes- und landesweit herauszufinden, wie sie aus ihrer Abwärtsspirale herausfinden könnte. Weil sie nicht an die wahren Ursachen heran will, tappt sie in Berlin und Düsseldorf von einem Fettnapf in den nächsten. Was sie aber in Mülheim nun seit Monaten vorführt oder auch nur zulässt, ist pure Selbstverstümmelung oder ein völlig irrationaler Selbstmordversuch. Und das alles zu Lasten der durch die jahrelange Misswirtschaft sowie Filz-, Vettern- und Cousinenwirtschaft bereits arg gebeutelten Stadt.
- 4.) Der BAMH-Exponent Hartmann wurde für die AfD gewählt und ist Staatsanwalt in Duisburg. Man kann schon Zweifel bekommen, ob die Regeln der Gewaltenteilung nicht doch überstrapaziert wurden, da just er mit immer neuen unbewiesenen Anschuldigungen und auf den ersten Blick seltsam anmutenden Anträgen immer aufs Neue zu eskalieren versucht/e. (Recht absurd z.B. sein Ratsantrag, die Verwaltung und der Rat solle bei "seiner" Staatsanwaltschaft Akteneinsicht beantragen.) Unabhängig davon braucht die BAMH (Bürgerlicher Aufbruch Mülheim), die nur aus Überläufern besteht eine demokratische Legitimierung, weshalb sie so vehement auf Neuwahlen aus ist.
- 5.) Die WAZ versucht seit längerem auch in Mülheim die Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft zu beschleunigen, ob absichtlich oder nicht ist dabei nebensächlich. Jedenfalls scheint das auf Linie mit vielen mainstream-Medien zu sein. Entsprechend macht sie aus jedem Rülpsler oder Pupser von Grünen und dem AfD-Ersatz der BAMH einen Artikel. So kann das Blatt den Anschein von Ausgewogenheit wahren, seinen schlechten Ruf als Sprachrohr einer verfilzten Ruhrgebiets-SPD und deren Verwaltung abstreifen und sich als Moralapostel aufspielen. Die Mehrheit der Stimmen zwischen Braun und Grün behandelt das Blatt dagegen zumeist stiefmütterlich oder gar manipulativ.
- 6.) Die letzten beiden Ratssitzungen waren so ziemlich das Schlimmste, was man einer Demokratie antun kann. Ich sprach mit etlichen Zuhörern, die fast alle mehr oder weniger entsetzt sinngemäß meinten, das sei doch ein Kindergarten. Fast stereotyp antwortete ich fast jedes Mal, man solle doch die Kinder bitte nicht beleidigen.
- 7.) Die Staatsanwaltschaft Duisburg hatte in der Vergangenheit nicht zufällig den Ruf, wenig unternehmen zu wollen, wenn gegen wirklich bedeutsame Veruntreuung oder Gesetzesbrüche o.ä. der herrschen den Anzeige erstattet wurde. Bei der loveparade-Katastrophe ließ sie OB Sauerland und Veranstalter Schaller ganz außen vor, bei der wüsten Geschichte mit dem Mülheimer ex-OB Baganz, dessen Geliebte Daueraufträge als Gutachterin für die Stadt für Millionen € und ohne einzelne Beauftragung hatte, wollte die StA keinen Anfangsverdacht erkennen können, bei den swap-(Zinswetten)-Geschäften, die der Stadt mind. 25 Mio. Verluste bescherten, wollte sie keine Schuld des Kämmerers erkennen können, bei der unrechtmäßigen Überführung von 5 Mio. Abwassergebühren in den städt. Haushalt sah sie auch kein Vergehen, dagegen aber leitete sie mehrere Strafverfahren gegen MBI-Aktive ein, z.B. wegen einer Karikatur zu Frau OB Mühlensfeld nach der unsinnigen Kloschließung auf der Schleuseninsel, wegen "Geheimnisverrats" zu den unsauberen Geschäften eines städtischen Geschäftsführers, zu dem vermuteten Filzvorwurf durch die MBI-Ratsfrau wegen bedenklicher Baumfällungen für ein Bauprojekt, wegen Alle diese Verfahren konnten die MBI-ler gewinnen, z.T. erst in der Berufung außerhalb der Mülheimer Gerichtsbarkeit.

Und nun leitete genau dieselbe StA ein Ermittlungsverfahren gegen Scholten ein wegen vergleichsweise zu oben sehr wenig und hilft damit den Kräften in der Mülheimer SPD, die auf Teufel komm raus Scholten loswerden will. Das verstehe, wer will oder was wer will.

- 8.) Bis heute ist unklar, warum der OB unbedingt weg soll. Er ist eigentlich nicht der Typ, der jemand derart auf den Fuß getreten haben kann, dass der oder die alle Register des Rachekatalogs ziehen müsste. Wahrscheinlich aber stand er irgendeinem Geschäft im Wege oder hätte dem im Wege stehen können. Doch darüber zu spekulieren, ist müßig, vielleicht kommt es irgendwann noch raus.

Fazit: Die Angelegenheit hätte intern geklärt werden können und müssen. Ein Trauerspiel!